



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.

Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe I/2010

Jahrgang 43

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum Beginn eines neuen Jahres ein kurzer Rückblick auf das vergangene Jahr 2009 und ein Fazit:

Ich denke, wir Rechtspfleger können mit dem im Jahre 2009 verbandspolitisch Erreichten zufrieden sein.

In der Region Nürnberg sind zur Zeit viele Menschen arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht. Wenn man hier lebt, begegnet man dem großen Problem Arbeitslosigkeit fast täglich, sei es bei Bekannten, Freunden oder auch nur auf der Straße.

Auch bei meiner Arbeit im Betreuungs- und Nachlassreferat sehe und höre ich viele Dinge, die mich oft sehr nachdenklich stimmen.

In unserem Streben nach den großen Zielen sollten wir auch mit den kleinen positiven Veränderungen, die wir durchsetzen konnten, zufrieden sein.

Was hat der Verband im Jahr 2009 erreicht?

Dank der Unterstützung durch den Bayerischen Beamtenbund wurde das Weihnachtsgeld ein weiteres Mal in nicht geringer Höhe ausbezahlt. Die Besoldungserhöhung 2009 war ansehnlich.

Die nächste Besoldungserhöhung steht zum 01.03.2010 bevor. Die Wegstreckenentschädigung wurde erhöht.

Die Arbeitszeit wird mit Wirkung ab 2012 stufenweise wieder verkürzt. Zusätzliche Anwärter wurden deshalb bereits eingestellt. Die Möglichkeit der Altersteilzeit wurde - modifiziert - verlängert. Bei der Dienstrechtsreform hat sich das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unse-

Inhaltsangabe

- ◆ Grüße und Glückwünsche zum neuen Jahr Seite 1
- ◆ Der Vorsitzende Kurt Rosemann: Was bringt uns das Jahr 2010? Seite 2
- ◆ Zum Wechsel des MD Peter Werndl an das OLG Bamberg Seite 4
- ◆ Neues zum neuen Dienstrecht Seite 5
- ◆ Aktion Rad des BV Würzburg Seite 5
- ◆ Reise des BV Traunstein nach St. Petersburg Seite 5
- ◆ Treffen des BV Traunstein mit MdLT Ingrid Heckner Seite 8
- ◆ Termine Seite 9
- ◆ Diverses Seite 9

rer Forderung nach einem Eingangsamt A 10 angeschlossen.

Wenn auch keine neuen Rechtspflegerstellen geschaffen wurden, so führten in diesem Jahr, in einem ersten Paket, zahlreiche Stellenhebungen für Rechtspfleger zu zusätzlichen Beförderungen. Leider hat die Staatsregierung das zweite Paket der Stellenhebungen vom 01.09.2010 auf den 01.01.2011 verschoben. Die damit verbundene Verschiebung der zusätzlichen Beförderungen ist sehr bedauerlich und zerstört auch Vertrauen. Erwähnt werden muss aber auch, dass viel Schlimmeres verhindert werden konnte. Zur Diskussion standen ganz konkret die Verschiebung oder Aufhebung der Besoldungsanpassung 2010 und Kürzungen beim Weihnachtsgeld (für Pensionisten oder für alle Beamten).

Der Gründung unseres Verbands vor 100 Jahren haben wir mit Unterstützung des Bezirksverbands Coburg im Juli auf der Sennigshöhe in angemessener Form gedacht.

Den Grundstein für unseren Rechtspflebertag 2010 haben wir erfolgreich gelegt. Den weiteren Vorbereitungen kann, auch Dank der großen Unterstützung durch den Bezirksverband München, zuversichtlich entgegengesehen werden.

Viele dieser Themen aus dem Jahr 2009 werden uns neben weiteren Punkten auch im Jahr 2010 beschäftigen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familienangehörigen für das neu begonnene Jahr 2010 alles Gute, Glück und Erfolg aber auch viel Gesundheit und Zufriedenheit.

Kurt Rosemann
Vorsitzender

Der Vorsitzende Kurt Rosemann: Was bringt uns das Jahr 2010?

Dienstrechtsreform:

Der Verband fordert:

Rechtspfleger erhalten wegen ihrer Sonderstellung auch nach dem Entwurf zum BayBesG, neben den Fachlaufbahnen Naturwissenschaft und Technik, eine Amtszulage in der Besoldungsgruppe A 13.

Diese Sonderstellung (im Rechtspflegergesetz verankerte sachliche Unabhängigkeit bei allen Besoldungsgruppen, gleiche Aufgabenzuweisung durch das Rechtspflegergesetz bei gleicher Verantwortung, unabhängig von den Besoldungsgruppen) muss nun endlich auch für die **jungen** Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger im Eingangsamt eine finanzielle Verbesserung bringen.

Deswegen fordert der Verband Bayerischer Rechtspfleger, wie bei der Amtszulage nach A 13, auch im Eingangsamt die Rechtspfleger mit den Fachlaufbahnen Naturwissenschaft und Technik gleichzustellen und die Eingangsbesoldung auf A 11, mindestens A 10, anzuheben.

Im Entwurf des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zum BayBesG ist diese neue Eingangsbesoldung noch nicht enthalten. Wir hoffen aber, dass wir mit Unterstützung der Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Frau Dr. Merk, das Bayerische Kabinett und den Bayerischen Landtag hier noch von der Notwendigkeit einer Änderung überzeugen können.

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz überlegt Änderungen bei den Zusätzen zur Amtsbezeichnung bei den Rechtspflegerinnen. Diese Änderungen werden von unseren Kolleginnen und Kollegen fast einstimmig abgelehnt. Zahlreiche Zuschrif-

ten bringen dies deutlich zum Ausdruck. Fast täglich werden wir von Kolleginnen und Kollegen darauf angesprochen. Viele sind erschreckt und entsetzt!

Wir fordern daher, die Möglichkeit, den Zusatz "Rechtspflege-" bei der Amtsbezeichnung zu verwenden, aus dem Gesetzentwurf zu streichen.

Sowohl in der dritten Qualifikationsebene (bisheriger gehobener Dienst) als auch in der vierten Qualifikationsebene (bisher höherer Dienst) soll der Zusatz "Justiz-" verwendet werden. Hilfsweise wären wir, wie bisher, in der 4. Ebene mit der Verwendung des Zusatzes "Regierungs-" einverstanden.

Sollten Sie Kontakte zu Kabinettsmitgliedern oder zu Landtagsabgeordneten haben, könnten Sie uns bei der Überzeugungsarbeit unterstützen. Aber auch bei Gesprächen mit Vertretern des Ministeriums sollten Sie unbedingt auf Ihre Meinung zu den Zusätzen zur Amtsbezeichnung hinweisen, damit deutlich wird, dass diese ablehnende Haltung nicht nur bei einigen wenigen Rechtspflegern existiert.

Die Entscheidungen zur Dienstrechtsreform stehen unmittelbar bevor!

Landesvorstand und zahlreiche Bezirksverbände haben bei verschiedenen Landtagsabgeordneten um Gesprächstermine gebeten.

Übertragung von Aufgaben der Nachlassgerichte auf Notare:

Nach dem Koalitionsvertrag will die im Herbst 2009 neu gewählte Bundesregierung die bisher von den Nachlassgerichten erledigten Nachlasssachen auf Notare übertragen. Vertreter der FDP weisen darauf hin, dass dieser Punkt in erster Linie auf Wunsch der CSU in den Vertrag aufgenommen wurde.

Neben dem BDR wollen auch wir weiterhin alle Möglichkeiten ausschöpfen, diese Übertragung zu verhindern.

Aus der Notiz über ein erstes Gespräch des BDR-Vorsitzenden mit der Bundesministerin der Justiz ist u. a. zu entnehmen:

Die Länder (vornehmlich Bayern) drängen auf die Übertragung aus haushälterischen Gründen; damit soll ein Stellenabbau ermöglicht werden.

Die Bundesministerin der Justiz geht von der Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung aus. Eine Mehrheit dazu wird im Bundestag schwer erreichbar sein.

Sie sieht darüber hinaus auch im Bundesrat keine deutliche Mehrheit für den Gesetzentwurf.

Auf Nachfrage meinte die Ministerin, dass allenfalls Bayern und Baden-Württemberg von einer Öffnungsklausel Gebrauch machen würden und das deutsche Rechtsgebiet insoweit ein Flickenteppich würde.

Alle Rechtspfleger sollten uns auch hier durch Überzeugungsarbeit bei Abgeordneten des Bayerischen Landtags und des Bundestags unterstützen.

Als Argumentationshilfe verweise ich auf das Positionspapier von 2005 (Kurier I/2006), auf die von Herrn Präsidenten a.D. Gummer auf dem letzten Bayerischen Rechtspflegertag 2005 gehaltene Festrede (Sonderkurier August 2005) und auf die Unterschriftenaktion (Kurier IV 2005). Den Kurier finden Sie auf unserer Homepage (www.rechtspflegerverband-bayern.de) oder kann, wie eine von Kollegin Claudia Kammermeier im Herbst 2009 neu erstellte Übersicht, auch gerne zugeschickt werden.

Rechtspflegertag in Wildbad Kreuth:

Vom Donnerstag, den 10. Juni bis Samstag, den 12. Juni 2010 in Wildbad Kreuth.

Mitgliedschaft im Bund Deutscher Rechtspfleger, im Deutschen Beamtenbund und im Bayerischen Beamtenbund:

Im Präsidium des Bundes Deutscher Rechtspfleger gibt es konkrete Überlegungen, aus finanziellen Gründen aus dem Deutschen Beamtenbund (DBB) auszutreten.

Rechtlich nicht eindeutig geregelt erscheint mir, welche Folgen ein Austritt des BDR aus dem DBB-Bund für uns hat, insbesondere wie sich dies auf die Mitgliedschaft im BBB auswirkt.

Mit Sicherheit würde der Zugang zu allen Angeboten des DBB (Rechtsschutz durch die Dienstleistungszentren, Fortbildungsmöglichkeiten und dbb-Info) entfallen.

Unsicher ist, ob eine weitere Mitgliedschaft im BBB möglich ist.

Über einen eventuellen Ausschluss des Verbands aus dem BBB müsste der Hautvorstand oder der Hauptausschuss des BBB entscheiden.

Eine erfolgreiche verbandspolitische Arbeit ohne Unterstützung und Schutz des BBB wäre sicher wesentlich schwieriger.

Ich hoffe nicht, dass wir beim Rechtspflegertag 2010 zwischen der Mitgliedschaft im BDR und der Mitgliedschaft im BBB wählen müssen.

In jedem Fall wird der Rechtspflegertag 2010 darüber entscheiden müssen, welche Konsequenzen von uns aus dem erhöhten Finanzierungsbedarfs des BDR zu ziehen sind.

Zum Wechsel des MD Peter Werndl an das OLG Bamberg

Peter Werndl wurde zum 01. Dezember 2009 neuer Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg

Die Ernennungsurkunde wurde ihm in München ausgehändigt. Er tritt damit die Nachfolge von Michael Meisenberg an, der mit Ablauf des Monats Oktober 2009 in den Ruhestand getreten ist.

Peter Werndl begann seine Karriere am 01. November 1975 als Mitarbeiter im Bayerischen Staatsministerium der Justiz. Sein weiterer Werdegang führte ihn neben den üblichen Verwendungen als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft München I sowie als Richter am Landgericht München II und am Oberlandesgericht München auch für drei Jahre an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof. Von Oktober 1999 bis Juli 2002 leitete er als Präsident des Landgerichts Augsburg eines der größten bayerischen Landgerichte. Einen großen Teil seiner beruflichen Laufbahn hat Werndl in der Personalabteilung des Justizministeriums verbracht. Er war in verschiedenen Funktionen mit nahezu allen Aufgaben im Bereich des richterlichen und nicht-richterlichen Personals bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften befasst. Seit August 2002 leitete er als Ministerialdirigent die Personalabteilung des Justiz- und Verbraucherschutzministeriums.

Peter Werndl suchte stets den Kontakt und den Austausch mit dem Verband bayerischer Rechtspfleger e.V. und hatte immer ein Ohr für dessen Belange und die Bedürfnisse seiner Mitglieder. Der Verband gratuliert Herrn Peter Werndl zur Ernennung, drückt aber auch sein großes Bedauern über seinen Weggang aus.

Seinem Nachfolger Peter Küspert wünscht der Verband einen guten Start und freut sich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Daniela Woite

Neues zum neuen Dienstrecht

Auf dem Weg zu einem Neuen Dienstrecht für Bayerns rund 200.000 Beamtinnen und Beamte ist ein weiterer großer Schritt getan: Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 26. Januar den Gesetzentwurf zum Neuen Dienstrecht endgültig beschlossen. Das Gesetzespaket wurde daraufhin an den Bayerischen Landtag übermittelt, wo für 4. Februar die 1. Lesung geplant ist. Ausschussvorsitzende Ingrid Heckner zeigte sich zuversichtlich, dass das Neue Dienstrecht zum 01. Januar nächsten Jahres in Kraft treten kann. "Das wird ein Kraftakt, aber wir sind fest entschlossen und gut vorbereitet, dieses Mammutwerk in den nächsten Monaten ebenso gründlich wie effizient zu beraten", so Heckner. Bis zur Sommerpause will der Landtag das Neue Dienstrecht verabschiedet haben.

Das Gesetzespaket umfasst eine vollständige Neuregelung des Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrechts sowie weitere Änderungen insbesondere im Beamtenstatusrecht. Weitere Schwerpunkte sind neue Beförderungsämter und andere Verbesserungen in der Besoldung.

Daniela Woite

Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ des BV Würzburg

Auf Anregung des Vorsitzenden des Bezirksverbandes Würzburg und Geschäftsleiters der Staatsanwaltschaft Würzburg Ralf Veigel beteiligten sich insgesamt 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (30% der Behörde) der Staatsanwaltschaft Würzburg an der diesjährigen Aktion von AOK und ADFC „Mit dem Rad zur Arbeit“. Es galt, zwischen 01. Juni und 31. August an mindestens 20 Tagen mit dem Fahrrad zur Arbeitsstelle zu fahren. Die Aktion hat neben dem Gedanken des Umweltschutzes den

Sinn, die Teilnehmer zur Bewegung und sportlichen Betätigung anzuregen. Sie soll damit auch der Gesundheitsprävention dienen.

Die Teilnehmer der Staatsanwaltschaft, die jeweils in laufbahngemischten Vierterteams zusammengeschlossen waren, hatten dabei bis zu 27 km zwischen Wohnort und Arbeitsstelle zurückzulegen und so musste an manchen Tagen der „innere Schweinehund“ ganz neu überwunden werden, um sich auf dem Drahtesel anstelle des Autos auf den Weg zu machen.

Am Ende der Aktion alle Teilnehmer der Staatsanwaltschaft ihr Soll zumindest erfüllt, viele weit übererfüllt. Den Radlern hat die Aktion Spaß gemacht und manch einer empfand durchaus ein besonderes Gemeinschaftserlebnis innerhalb des jeweiligen Teams.

Als Anreiz für die Teilnehmer hatten Behörden- und Geschäftsleiter zwei Gruppenpreise gesponsert, die Anfang November gezogen worden sind.

Auch im kommenden Jahr wird sich die Staatsanwaltschaft Würzburg an der Aktion beteiligen.

Ralf Veigel

Sankt Petersburg ist anders САНКТ ПЕТЕРБУРГ ИСТ АНДЕРС Rechtspfleger aus dem Landgerichtsbezirk Traunstein besuchen das Verfassungsgericht der Russischen Föderation

Das Ziel der traditionellen Fortbildungsreise war für 47 Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern aus den Landgerichtsbezirken Traunstein und Passau kürzlich die nördlichste Millionenmetropole der Welt. Der Landgerichtsbezirk Traunstein umfasst das gesamte Südostoberbayern

mit den Amtsgerichten Altötting, Laufen, Mühldorf a. Inn, Rosenheim und Traunstein.

Im 5-Sterne-Hotel „Sokos Palace Bridge“ wurden die Rechtspfleger vom stellvertretenden Leiter der deutsch-russischen Auslandshandelskammer Wladimir Patjaka über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung von St. Petersburg und dem Leningrader Gebiet informiert. Die Kammer betreut derzeit mehr als 600 – zum Teil sehr namhafte – deutsche Unternehmen. Als großen Erfolg ihrer Arbeit sieht die Kammer die Eröffnung der Deutschen Schule in St. Petersburg vor wenigen Wochen. Die mitgeteilten Wirtschaftsdaten lassen staunen. Bei niedrigen Steuern, einer nicht bezifferbaren Schwarzarbeitsdunkelziffer, beträgt die Arbeitslosenquote traumhafte 0,5%. Das Gesellschaftsrecht ist ähnlich wie in Deutschland geregelt. „Das deutsche GmbH-Gesetz“, so Patjaka, „ist so gut, das haben wir einfach abgeschrieben“.



Der BV Traunstein in St. Petersburg

An der juristischen Fakultät stellte die Strafrechtsprofessorin Dr. Natalia Kirillova den Gerichtsaufbau und die Arbeit der russischen Justiz vor. Neben der Verfassungsgerichtsbarkeit gibt es die ordentlichen Gerichte und die Arbitrage- oder Wirtschaftsgerichte. Eingehend erläuterte die Professorin die verschiedenen juristischen Berufe und deren jeweilige Ausbildung. Stolz teilte Dr. Kirillova

mit: „Das ist eine Eliteuniversität, hier studierten u.a. Präsident Dmitri Medwedew sowie Ministerpräsident Wladimir Putin.“ Die Besichtigung der Fakultätsbibliothek, die auch die weltweit größte Sammlung an juristischer revolutionärer Literatur ihr eigen nennt, brachte den Rechtspflegern die überraschende Erkenntnis, dass dort – anders wie bei manchen bayerischen Gerichten – viele neueste Auflagen verschiedener deutscher Gesetzeskommentare griffbereit liegen. Rechtspfleger gibt es übrigens in Russland noch nicht. Gerichtspersonen mit einer vergleichbaren Ausbildung unterstützen dort aber als Assistenten die Arbeit der Richter.



Die bequemsten Plätze im Schwurgerichtssaal bietet die Richterbank. Der Vorsitzende des Traunsteiner Bezirksverbandes Bayerischer Rechtspfleger Albert Dirnberger (links) mit Hermann Wimmer und Christian Lehner

Im Stadtgericht St. Petersburg wurde die Reisegruppe vom stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtgerichts Dr. Michail Pavljutschenko, von der Abteilungsleiterin Irina Konovalova und vom Assistenten des Vorsitzenden des Stadtgerichts Andrej Jelisejev, im Schwurgerichtssaal begrüßt. In diesem Saal entscheidet ein Schwurgericht mit jeweils 12 Schöffen über die sogenannten „Kapitalverbrechen“. Eine Einflussnahme der Vorsitzenden Richter auf die Urteilsfindung der Laienrichter ist ausgeschlos-

sen. Die Todesstrafe wurde bereits 1993 in der Russischen Föderation abgeschafft. Die Gastgeber erörterten mit den Rechtspflegern eine Vielzahl von Problemen des Zivil- und Strafprozessrechts. Das Stadtgericht entspricht von den Aufgaben her einem deutschen Landgericht. Bis spätestens 2011 zieht das Stadtgericht mit seinen 112 Richtern und 202 Mitarbeitern um, und zwar in das dann größte – und vermutlich modernste – Gerichtsgebäude Europas.

Im linken Flügel des Gebäudekomplexes „Senat und Synod“ besuchten die Rechtspfleger die erst in diesem Jahr eröffnete und streng gesicherte Bibliothek des Präsidenten. Der gesamte Buchbestand steht in digitaler Form zur Verfügung. Über das gesamte Land sollen Filialen der nach Boris Jelzin benannten Bibliothek entstehen. Die elektronische „Bücherei“ wird mit Materialien aus dem Russischen staatlichen Geschichtsarchiv sowie aus den führenden nationalen Bibliotheken aufgefüllt. Ein eigenes Arbeitszimmer ist für den Staatspräsidenten reserviert. Die technische Ausstattung der Bibliothek ist atemberaubend; nur noch einzelne ausgesprochen wertvolle Bücher, eine Reihe davon in deutscher Sprache, finden sich geschützt in Schaukästen.

Der rechte Flügel des innen wie außen beeindruckenden Gebäudes beherbergt das Verfassungsgericht der Russischen Föderation. Der Besuch des aus zwei Kammern bestehenden Verfassungsgerichts war Abschluss und zugleich Höhepunkt des Fachprogramms der Rechtspfleger. Per Dekret vom 25.12.2007 verlegte der damalige Präsident Putin das russische Verfassungskontrollorgan nach St. Petersburg. Die Befugnisse der 19 vom Präsidenten vorgeschlagenen und vom Föderationsrat ernannten Verfassungsrichter lassen sich mit den Rechten ihrer deutschen Kollegen vergleichen. Höchste Reputation und eine lange juristische Berufserfahrung sind

für die Ernennung unabdingbar. Im prächtigen Thronsaal des Zaren, in dem ansonsten die politischen Prozesse stattfinden, empfing 2008 Präsident Medwedew die Bundeskanzlerin Angela Merkel.



Rita Holze, Agnes Englmeier und Johanna Hennhöfer vor dem Smolnykloster

Den Rest der knappen Zeit nutzen die Rechtspfleger zur Erkundung dieser bemerkenswerten Metropole mit ihrer großen Anzahl herausragender Sehenswürdigkeiten. In der vor knapp über 300 Jahren von Peter den Großen gegründeten Stadt ist irgendwie alles größer und glänzender. Allein die Eremitage mit der früheren Winterresidenz der russischen Zaren wäre als eine der weltweit führenden Kunstsammlungen eine eigene Reise wert, Paradetreppe, Feldmarschallsaal, Petersaal, Georgsaal, Wappensaal usw. Wie bei Petersburgreisen üblich, standen auf dem Besuchsprogramm auch die Isaakskathedrale, die Kasaner Kathedrale, die Peter- und Paulsfestung mit den Zarengräbern und der Katharinenpalast in Puschkin samt dem Bernsteinzimmer. Der Newski-Prospekt und vor allem das Shopping-Center „Gostinij Dwor“ bieten Einkaufsmöglichkeiten für jeden Geschmack und Geldbeutel. Natürlich durfte ein Theaterbesuch im Programm nicht fehlen. Klug handelte, wer sich selbst die Karten an der Abendkasse besorgte, da kosten sie nur rund die Hälfte. Am letzten Tag der Reise besichtigten die Rechtspfleger die Dreifaltig-

keitskathedrale, in der gerade ein festliches Pontifikalamt gefeiert wurde. Der liturgische mehrstimmige orthodoxe Gesang versetzte die Gruppe nochmals in eine ganz besondere Stimmung.

Jeder Tag der wunderschönen und hochinteressanten Reise wurde gemäß der Landessitte mit einem oder zwei Gläschen Wodka („Wässerchen“), dem Lieblingsgetränk der Russen abgerundet. Schnell waren sich die Studienreisenden einig: „Da gibt es unterschiedliche Qualitäten.“

MdL Ingrid Heckner im Gespräch mit Bayerischem Richterverein und Rechtspflegerverband

Altötting/Traunstein: Die Vorsitzende des Ausschusses für den öffentlichen Dienst im Bayerischen Landtag, MdL Ingrid Heckner, empfing eine Abordnung der Bezirksverbände des Bayerischen Richtervereins und des Verbands Bayerischer Rechtspfleger. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand ein Erfahrungsaustausch im Vorfeld der geplanten Dienstrechtsreform in Bayern. Der Vorsitzende des Richtervereins Traunstein Dr. Ludwig Kroiß sowie das Vorstandsmitglied Dr. Tobias Windhorst betonten, dass die Gerichte und Staatsanwaltschaften vor Ort im Interesse der Bürgerinnen und Bürger gestärkt werden müssten. Hierzu müssten die Beförderungsmöglichkeiten verbessert werden, um den Leistungsgedanken zu stärken. Eine denkbare Bemessungsgrundlage für die Besoldung der Amtsgerichtsdirektoren ergäbe sich aus der Addition der Richter- und Rechtspflegerstellen an einem Gericht.

Der Bezirksvorsitzende des Rechtspflegerverbands Albert Dirnberger stellte (gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Benischke) die Wichtigkeit der Arbeit der Rechtspfleger

heraus. „Diese leisten heute vielfach Tätigkeiten, die mit denen eines Richters durchaus vergleichbar sind“, so Dirnberger. „Dies muss sich daher auch in der Besoldung widerspiegeln, z. B. einerseits durch eine Anhebung der Eingangsbesoldung der Rechtspfleger auf A 10, andererseits wie von Dr. Ludwig Kroiß angedacht, als Grundlage der Direktorenbesoldung!“



v.l. Wolfgang Benischke, Albert Dirnberger, MdL Ingrid Heckner, Dr. Ludwig Kroiß und Dr. Tobias Windhorst

Dr. Tobias Windhorst beklagte die vorhandenen Wiederbesetzungssperren beim Ausscheiden eines Richters oder auch Rechtspflegers aus dem Amt. Die verwaisten Stellen werden erst nach mehreren Monaten wieder besetzt, wobei die Aufarbeitung dann für die neuen Stelleninhaber stets mit einem kaum vertretbaren Arbeitsaufwand verbunden ist.

Von Seiten des Rechtspflegerverbandes wurden außerdem die beabsichtigten neuen Dienstbezeichnungen „Rechtspflegeinspektorin“, „Rechtspflegeamtmann“, „Rechtspflegerat“ etc. bemängelt; für diese Wortungetüme bestehe im Kollegenkreis keinerlei Akzeptanz.

MdL Ingrid Heckner zeigte sich aufgeschlossen für die vorgetragene Belange. „Es ist wichtig, das Gespräch mit den Betroffenen vor Ort zu führen. Denn dort soll es durch die Dienstrechtsreform zu Verbesserungen kommen“, so MdL Heckner. „Besonders wichtig sind mir

anständige Beförderungsmöglichkeiten. Denn dann bleiben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter motiviert und sind bereit, höchste Qualität in der täglichen Arbeit zu bringen."

Zum Abschluss besprachen die Verbandsvertreter mit der Abgeordneten die im Koalitionsvertrag mittels Öffnungsklausel vorgesehene Übertragungsmöglichkeit von Aufgaben der Nachlassgerichte auf die Notare. Albert Dirnberger und Wolfgang Benischke stellten fest, es sei in Zeiten klammer Haushaltskassen schlichtweg nicht nachvollziehbar, Bereiche zu „privatisieren“, die ohne jeden Zweifel einen Aktivbeitrag zum Justiz- bzw. Staatshaushalt leisten. Auch werde die Arbeit der Nachlassgerichte bisher von keiner Seite bemängelt. Im Gegenteil, gerade hier arbeite die Justiz auf anerkannt höchstem Niveau. Dr. Ludwig Kroiß und Dr. Tobias Windhorst teilten diese Einschätzung der Rechtspfleger. MdL Heckner sicherte zu, sie werde die Justizministerin Beate Merk hinsichtlich dieser Problematik ansprechen.

Termine

- ◆ Delegiertentag in Wildbad Kreuth vom 10.6. bis 12.06.2010
- ◆ Tagung in Bad Boll vom 17.11. bis 19.11.2010

Diverses

- ◆ MD Peter Werndl löste zum 01.12.2009 Michael Meisenberg als Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg ab.
- ◆ Justizministerin Dr. Beate Merk weist erneut die Vorwürfe gegen die Nürn-

berger Justiz zurück. Merk: "Die angesprochenen Vorgänge aus der Vergangenheit wurden bekanntlich aufgearbeitet. Soweit persönliche Versäumnisse festgestellt wurden, sind die erforderlichen personellen Maßnahmen ergriffen worden. Soweit Organisationsmängel aufgedeckt worden sind, wurden diese abgestellt. Die beiden früheren Behördenleiter, denen Fahrzeug- und Werkstattnutzungen zu privaten Zwecken vorgeworfen wurden, haben Reuezahlungen geleistet. Im Übrigen liegen diese Geschehnisse großteils mehr als zehn Jahre zurück und die betroffenen Personen sind überwiegend längst pensioniert!"

- ◆ Die Leitende Oberstaatsanwältin und Vertreterin des Generalstaatsanwalts in Bamberg, Anna Maria Stadler wurde neue Präsidentin am Landgericht Würzburg und tritt damit die Nachfolge von Peter Schauff an.
- ◆ Der künftige Leiter der Staatsanwaltschaft Würzburg Dr. Dietrich Geuder wurde zum Nachfolger von Clemens Lückemann ernannt.
- ◆ In Erlangen erfolgte der Startschuss für die zentrale Forschungsstelle "Kriminologischer Dienst des Bayerischen Justizvollzugs". Eine Kernaufgabe dieser Forschungsstelle wird in der intensiven wissenschaftlichen Begleitung der Behandlung von Straftätern in der Sozialtherapie sowohl im Erwachsenen- als auch im Jugendvollzug liegen, um so die Behandlung von Strafgefangenen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten weiter zu optimieren. Mit der Errichtung der zentralen Forschungsstelle wird der Kriminologische Dienst des bayerischen Strafvollzugs neu geordnet. Die Leitung des Kriminologischen Dienstes übernimmt Herr Diplompsychologe Dr. Johann Endres.

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Kurt Rosemann, Nürnberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.

Debeka**Krankenversicherungsverein a. G.**

**Wechseln Sie jetzt zur Nr.1
in der privaten Krankenversicherung!**

erfahren. sicher. günstig.

Größte Selbsthilfeeinrichtung des
öffentlichen Dienstes auf dem
Gebiet der Krankenversicherung

Landesgeschäftsstelle Landshut
Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (0871) 96 56 50 - 0

Landesgeschäftsstelle München
Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (089) 23 50 10

Landesgeschäftsstelle Nürnberg
Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (0911) 23 20 40
www.debeka.de

Debeka